

Festrede der jublierenden B! Arminia Czernowitz

130. Stiftungsfest, Samstag 6. Oktober 2007

Hohes Präsidium!
Werte Festkorona!
Liebe Arminen!

Wenn unsere Arminia heute ihr 130. Stiftungsfest begeht, so tut sie dies nicht nur mit dem Blick auf eine lange Geschichte voller Stolz, Vehemenz und Leidenschaft, sondern auch mit dem Auftrag, mit sicherem Tritt ihren Weg in die Zukunft zu finden. Dieser Weg ist schwierig. Ihn zu begehen gebietet, eine Balance zwischen den alten, bewährten Sitten und Bräuchen und der progressiven Mitgestaltung eines sich stetig ändernden gesellschaftlichen Umfeldes zu finden. Vielleicht kann ich aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit an einer Universität in den Vereinigten Staaten und der dadurch zwangsläufig eingenommenen Vogelperspektive auf die heimische politische und gesellschaftliche Landschaft einen kleinen Beitrag dazu leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich mit einer kleinen Bestandsaufnahme beginnen. Die aktuellen Ereignisse rund um den Linzer „Turmkommers“ bieten dazu hinreichend Anlass. Ein – nach eigener Bezeichnung – „antifaschistisches Bündnis“ hat gegen ihn mobilisiert: „Rechte Recken“ trafen sich, um dem „Deutschnationalismus zu frönen“, sie zögen zum „Anschlusssturm“ mit der 1938 angebrachten Aufschrift „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“, auf dem zu allem Überdruß auch noch die Fahne in den deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold wehe; es sei unter allen Umständen zu verhindern, dass „antisemitische, sexistische, rassistische und reaktionär-völkische Traditionen gepflegt und hochgehalten werden“, der Turmkommers sei zu „sprengen“ und der potentielle Schaden für Linz als Europäische Kulturhauptstadt 2009 abzuwenden. „Rechtsextreme Gruppierungen“ seien in Linz und Oberösterreich nicht erwünscht.

Diese Kritik hat in Oberösterreich breites Echo in der Tagespresse gefunden und auch einige Institutionen, mit denen unsere Burschenschaft bisher stets ein tadelloses Einvernehmen hatte, sind dem öffentlichen Druck gewichen. Dies schmerzt zutiefst. Nicht deshalb, weil wir Wert darauf legen würden, allseits gemocht zu werden. Sondern weil eine derartige Kritik – ob vorsätzlich oder aus Unwissenheit – ein Bild von uns zeichnet, das nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat. Ohne mich zu lange inhaltlich mit den konkreten Aussagen am Turmkommers aufzuhalten, erlauben Sie mir doch drei kurze Sätze: Die wohl in suggestiver Absicht gewählte Bezeichnung des Burschenschafterturmes als „Anschlusssturm“ verschweigt geflissentlich, dass diese Bezeichnung des heutigen Burschenschafterturmes auf den 1825 geschaffenen Anschluss der südlichen Verteidigungskette zu der nördlichen Verteidigungskette Maximilians zurückgeht. Die Kritik an der „deutschen Fahne“, die auf dem Burschenschafterturm weht, ist ein weiterer demagogischer Tiefschlag; die schwarz-rot-goldenen Farben gehen auf die Befreiungskriege gegen Napoleon zurück: Aus der Schwärze der Knechtschaft durch blutige Schlachten ans goldene Licht der Freiheit. Es ist daher kein Zufall, dass im frühen 19. Jahrhundert die Farben Schwarz-Rot-Gold zum Symbol der Burschenschafts- und Demokratiebewegung wurden und deshalb später zur Staatsflagge der Weimarer Republik, der BRD und auch der DDR. Sie zieren auch Band und Mütze unserer Arminia Czernowitz; und wir tragen sie mit Stolz und Ehrfurcht. Und zur vermeintlichen Aufschrift „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ genügt es eigentlich zu sagen, dass deren Anbringung im Jahre 1938 von der Selbstauflösung der Burschenschaft begleitet war und 1945 entfernt wurde.

Aber lassen Sie mich von den inhaltlichen Fragen der Kritik des „antifaschistischen Bündnisses“ abstrahieren. Es ist nämlich nicht weiter überraschend, dass diese Aussagen einen gewissen Widerhall in der Presse und im tagespolitischen Diskurs gefunden haben. Doch noch entscheidender ist die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Wen kann es angesichts des medialen und auch öffentlichen Gegenwindes wundern, dass man uns in das berühmte „rechte Eck“ rückt und uns nicht als eine ausgewogene Akademikerverbindung wahrnimmt? Wen kann es wundern, dass die öffentliche Meinung darin eine Bestätigung schwelender Vorurteile sieht und sich daher gar nicht die Mühe macht, unsere Argumente zu hören und sich kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen? Wen kann es wundern, dass sich viele von uns abwenden und nur wenige für uns Partei ergreifen, wenn uns Unrecht geschieht? Und wen kann es schließlich wundern, dass wir bestenfalls als schrullige, anachronistische Randgruppe betrachtet werden und das Positive unserer ureigenen Werte – Demokratie, Menschenrechte, Selbstbestimmung, Ehre, Freiheit und Wissenschaftlichkeit – in der öffentlichen Diskussion durch ein Unverständnis unserer überlieferten Sitten und Bräuche überlagert wird? Und es bleibt natürlich die vorgelagerte Kernfrage: Warum weht uns Burschenschafftern eigentlich ein derart heftiger Wind entgegen? Dieser Gegenwind, so könnte man sagen, basiert auf Uninformiertheit und vielleicht politischer Verblendung; oder auf der pauschalen Suche nach Feindbildern, derer es bedarf, um die

eigene Existenz zu definieren. Wir könnten der Kritik durch Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler – darunter auch Nobelpreisträger wie Elfriede Jelinek und Walter Kohn – die lange Liste herausragender Burschenschafter der Vergangenheit und Gegenwart – etwa Friedrich Nietzsche, Ferdinand Lassalle, Theodor Herzl, Theodor Mommsen, Max Planck und Ferdinand Porsche – entgegenhalten.

Dies greift aber zu kurz. Das Kernproblem sitzt wesentlich tiefer. Wir sollten uns also nicht a priori auf eine Position intellektueller Hybris zurückziehen und Kritik leichtfertig abtun. Nein, wir sollten sie zum Anlass nehmen, uns selbst und unser Stellung in der Gesellschaft zu überdenken und zu definieren. In Zeiten einer scheinbaren „Political Correctness“ kann nur ein differenzierter Ansatz unseren eigenen Ansprüchen gerecht werden. Nur er kann uns helfen, unsere Position im zukünftigen sozialen, aber auch geopolitischen Gefüge zu verorten. Es kann und darf nämlich nicht sein, dass unsere Energie, unser Wissen, unser gesellschaftliches Engagement im ständigen Bekämpfen von Vorurteilen verpufft, dass unsere Argumente und Positionen auf taube Ohren stoßen. Man kann dies sogar noch auf die Spitze treiben: Wo läge – im darwinistischen Sinne – die Existenzberechtigung der Burschenschaften, wenn wir uns nicht von den – wirklichen und scheinbaren – Ketten befreien und dafür kämpfen, unsere Ideale und unsere wissenschaftlichen Standpunkte wieder in die öffentliche Diskussion einzubringen und auch gehört zu werden! Wir sollten uns aber nicht blenden lassen: Unser derzeitiger Stellenwert in der Gesellschaft und in der öffentlichen Diskussion ist nicht mehr als eine Marginalie. Wo waren denn die Burschenschaften, als die Universitätsreform auf der Tagesordnung stand, wo sind denn die Burschenschaften, wenn es um Fragen des Bestimmungslandprinzips bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen geht? Und sogar schlimmer: Die Öffentlichkeit hält uns für anachronistisch, sie differenziert nicht zwischen Burschenschäftlern und anderen Korporierten, ihre Meinung ist beeinflusst durch das laute Geschrei „antifaschistischer Bündnisse“ und geprägt durch das leider offenbar vorkommende, inakzeptable Verhalten Einzelner in der Öffentlichkeit, die in ihrer Bierlaune noch immer nicht verstanden haben, dass Rassismus und Antisemitismus in einer akademischen Burschenschaft nichts zu suchen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn die Burschenschaft nicht der darwinistischen Auslese zum Opfer fallen will, muss sie einen klaren Weg in die Zukunft abstecken und sich von unnötigen Hemmschuhen befreien. Dazu bedarf es aber zunächst, dem Kernproblem unserer gegenwärtigen Situation auf den Grund gehen. Die tieferen Punkte der Kritik an uns Burschenschäftlern und dem burschenschaftlichen Gedanken liegen in unserem vermeintlich elitären Gesellschaftsverständnis, einem Verständnis unserer Traditionen als antisemitisch, sexistisch und rassistisch und dem Vorwurf, von Burschenschaften gehe „ein unterschwelliger und verklausulierter Rechtsextremismus“ aus. Dem wird typischerweise entgegnet, dass die Burschenschaften in ihrer Geschichte auf eine demokratische Kontinuität zurückblicken könnten, die sie auch heute noch weiterführen würden.

Das Bestehen der demokratischen Kontinuität ist sicher ein wichtiger Punkt, aber ich glaube, wir müssen uns – auch und vor allem angesichts unseres 130. Stiftungsfestes – der Kritik aktiv stellen und uns einer selbstkritischen Reflexion unterziehen. Es ist sicherlich richtig, dass – wie jede Geschichte – auch jene der Burschenschaften nicht ohne Schattenseiten ist. Und nur derjenige kann und soll ohne Hochmut stolz auf die Leistungen und Errungenschaften seiner Familie, seiner Burschenschaft, seines Volkes sein, der sich zu dessen Geschichte bekennt, ohne dabei die dunklen Seiten zu verleugnen oder zu verharmlosen.

Die Entstehung der Urburschenschaft in Deutschland fiel in eine Zeit der Zersplitterung des Reichsgebietes in Klein- und Kleinststaaten und war intellektuell durch die Arbeiten Fichtes, Jahns, Fries und Arndts geprägt, die – vor dem Hintergrund der politischen Situation des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts – das „Volk“ zur „natürlichen Gemeinschaft“ erhoben und in Opposition zur aufgeklärten Idee der Nation als politischer Willensgemeinschaft traten. Burschenschaften lehnten vor diesem historischen Hintergrund die Gleichsetzung von Staats- und Volksgrenzen, von Staatsbürgern und Angehörigen eines „Volkes“ ab. Der Begriff des Vaterlandes sei „volkstumbezogen“ zu verstehen, die Nation existiere daher unabhängig von staatlichen Grenzen. Die sozialpolitische Situation an den Hochschulen des 19. Jahrhunderts spiegelt sich auch in der Entwicklung der burschenschaftlichen Bewegung wider; diese war geprägt durch Phasen der Instrumentalisierung, Phasen der Radikalisierung, Phasen der christlichen Ausrichtung, Phasen des Antisemitismus und Phasen der Toleranz. Es ist nicht zu leugnen, dass einzelne dieser Phasen und die Konsequenzen, die aus bestimmten politischen Positionen gezogen wurden, sicherlich kein Ruhmesblatt für die burschenschaftliche Bewegung darstellen; es ist aber ebensowenig zu leugnen, dass die Durchsetzung liberaler Grundrechte, die sich heute in den Verfassungen aller moderner Demokratien finden, zu einem Gutteil ein Verdienst der burschenschaftlichen Bewegung ist. Bereits die Versammlung auf der Wartburg im Jahre 1817 hatte die liberalen Grundrechte als einen wesentlichen Bestandteil in das dort geschaffene politische Programm der Burschenschaften aufgenommen.

Trotz der gegenwärtigen Zersplitterung der burschenschaftlichen Bünde in Dachverbände, Verbände, Kartelle und der insgesamt zu konstatierenden Inhomogenität der burschenschaftlichen Bewegung, verdeutlicht die Geschichte der Burschenschaften doch vier wesentliche Punkte: (1) Dass die Korporationen die Demokratie als die bestmögliche Verfassung einer modernen Gesellschaft seit jeher gelebt und wesentlich zum Entstehen einer

bürgerlichen Demokratiebewegung beigetragen haben; (2) dass nicht Herkunft, sondern ausschließlich individuelle Leistung Grundlage der gesellschaftlichen Stellung sein darf; (3) dass Bildung nicht allein in Faktenvermittlung bestehen darf, sondern einen ganzheitlichen, moralischen, offenen und kritischen Ansatz haben muss, der von den Burschenschaften nicht nur im akademischen Bereich, sondern auch in der Unterstützung ihrer Mitglieder gelebt wird; und (4) dass jede Führungsrolle in Wirtschaft und Gesellschaft ihr Gegenstück in moralischer Verantwortung finden muss, insbesondere in der Anerkennung und Verteidigung der individuellen Freiheit und Würde jedes Menschen. Diese Grundwerte verpflichten uns auch, die Traditionen der Urburschenschaft zeitgemäß fortzuführen; sie gebieten es aber weiterhin, die sich verändernden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zu berücksichtigen.

Die burschenschaftlichen Grundwerte enthalten freilich eine weitere Handlungsmaxime. So wie jeder Familienvater danach trachtet, Schaden von seiner Familie fernzuhalten, ist jeder Burschenschafter verpflichtet, Schaden für seine Verbindung und die burschenschaftlichen Werte abzuwenden. Es bedarf wohl wenig Begründung, dass in einer komplexen Welt einfache Lösungen nur schwer gefunden werden können. Selbst die unterschwelligste Duldung von Rassismus, Frauenfeindlichkeit oder Antisemitismus ist daher auf das Strikteste abzulehnen, einer Instrumentalisierung der Burschenschaften und dem daraus entstehenden Schaden für unsere Grundwerte auf das Entschiedenste entgegenzutreten. Derartiges Gedankengut hat klarerweise in einer akademischen Verbindung, deren Ziel es ist, die Wissenschaftlichkeit hochzuhalten, nicht das Geringste zu suchen. Ein gutes (und auch trauriges) Beispiel, wie hoch die Wissenschaftlichkeit zu halten und wie sehr jegliches Rassendenken abzulehnen ist, zeigt uns die Naturwissenschaft des 20. Jahrhunderts. Die neuen revolutionären Ideen waren zwar in der Tat zunächst schwer zu akzeptieren und der Paradigmenwechsel in der Physik war für viele daher nicht einfach nachzuvollziehen. Aber es waren – vom Nazi-Regime hochgeachtete und unterstützte – deutsche Forscher, die das neue Weltbild von Relativitätstheorie und Quantenmechanik undifferenziert als „Jüdische Physik“ beschimpften, diffamierten und sich in erschreckend unwissenschaftlicher Weise damit auseinandersetzten. Ihre Namen sind heute zu Recht bedeutungslos. Den maßgeblichen Protagonisten des neuen Weltbildes hingegen – Einstein, Schrödinger und Heisenberg – wurde nicht nur der Nobelpreis verliehen; sie genießen noch heute weltweite Achtung und haben oberste Plätze in der ewigen Ruhmeshalle der großen Wissenschaftler der Menschheit eingenommen. Ihre Werke – teilweise der „öffentlichen Verbrennung undeutschen Schrifttums“ zum Opfer gefallen – haben die Physik revolutioniert und den Grundstein für all unsere modernen technologischen Entwicklungen gelegt.

Derjenige, für den die Ablehnung von Rassismus und Antisemitismus nicht ohnehin selbstverständlich ist, sollte seine Mitgliedschaft in einer akademischen Burschenschaft gründlich überdenken. Es liegt nämlich an jedem Einzelnen, nicht durch leichtfertige Worte oder ungebührliches Benehmen, und sei es auch aus falsch verstandenem Humor, Schaden für die Burschenschaft heraufzubeschwören; die Öffentlichkeit kann und soll auch die leichteste Andeutung von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus nicht dulden. Im Lichte des dunkelsten Kapitels der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts hat sich nicht umsonst die Deutsche Burschenschaft nach dem zweiten Weltkrieg deutlich – und bindend – zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bekannt, sich von jeder Form des Rassismus und Antisemitismus distanziert und keinen Zweifel daran gelassen, dass die Verbrechen des Dritten Reiches jeden Deutschen verpflichten, „alles in seinen Kräften stehende zu tun, um zur Verständigung unter den Völkern beizutragen“. Dies bedeutet freilich umgekehrt nicht, dass es nicht eine wesentliche Aufgabe der Burschenschaft ist, auf bestehende Missstände und Fehlentwicklungen auch im Hinblick auf Fragen der Migration und Integration mahnend hinzuweisen und mit ausgewogenen Argumenten und differenzierten Lösungsvorschlägen an der öffentlichen Diskussion teilzunehmen. Diese Teilnahme hat freilich zur Voraussetzung, dass unsere Stimme gehört wird und nicht an einer Wand der Vorurteile ungehört verpufft.

Es liegt aufgrund unserer langen Tradition schließlich auch und gerade an uns Burschenschaffern, aus der Geschichte zu lernen, ohne dabei ihre dunklen Seiten zu übersehen. Jeder Aktive bekommt zu spüren, dass es vor dem historischen Hintergrund der Verbrechen des Dritten Reiches kein leichtes Unterfangen ist, den Studienkollegen – und noch viel mehr der Öffentlichkeit – ein Denken nahezubringen, das einerseits zutiefst demokratisch und patriotisch ist, andererseits philosophisch nicht an politischen Grenzen Halt macht. „Deutschnational“ wird in der öffentlichen Meinung nicht als Ausdruck einer Kultur-, Werte- und Wissensgemeinschaft aufgefasst, sondern als „deutschtümmlend“ oder gar als „rechtsextrem“ oder „faschistisch“. Manchem Diskussionspartner öffnet vielleicht die Aussage Bruno Kreiskys die Augen: „Bayern ist noch nicht Österreich, aber auch noch nicht Deutschland“. Daraus hat beispielsweise der bayerische Staatsminister Dr. Werner Schnappauf den treffenden Schluss gezogen, dass letztlich die gemeinsame Kultur und Geschichte, die gemeinsame Sprache und die gemeinsamen Werte die entscheidenden verbindenden Elemente darstellen. Nichts Anderes bedeutet aber unser Verständnis von „deutschnational“, ein einfaches Bekenntnis zur deutschen Sprach- und Kulturnation. Wäre es daher opportuner und zeitgeistiger von einer „transfinalen Wissens-, Kultur- und Wertegemeinschaft“ zu sprechen? Vermutlich schon, aber bedeuten würde es dasselbe.

Dennoch: Gerade vor dem Hintergrund der Missverständnisse und Vorurteile, die in der öffentlichen Meinung vorherrschen, ist es unsere burschenschaftliche Pflicht, unsere Positionen mit Bedacht zu kommunizieren. Es ist zwar sicherlich richtig, dass uns nur einfachst gestrickte Köpfe ernsthaft in die Nähe eines nationalsozialistischen Staatsverständnisses rücken möchten. Aber lassen Sie mich dennoch eines deutlich machen: Zu einem burschenschaftlichen Denken des 21. Jahrhunderts gehört selbstverständlich, uneingeschränkt und unbedingt eine Ablehnung jedweder Koketterie mit großdeutschen Phantastereien, seien sie aus falsch verstandenem Humor oder aus bloßer Dummheit. Die österreichische und deutsche Tagespolitik demonstrieren überdeutlich, dass niemandem damit gedient ist, politische Positionen durch abstrahierte Vergleiche mit einzelnen Facetten des Dritten Reiches zu untermauern. Es ist weder möglich noch notwendig, einem kriegswirtschaftlichen und menschenverachtenden Regime einzelne positive Teilaspekte abzugewinnen zu wollen. Ich glaube, es bedarf nicht allzu viel geistiger Anstrengung, um die Absurdität eines solchen Unterfangens zu erkennen: Wenn sich jemand beispielsweise für eine Versicherung gegen Risiken aussprechen möchte, fällt ihm doch auch nicht als erstes Beispiel ein, dass sich auch amerikanische Plantagenbesitzer gegen den Verlust oder Tod ihrer Sklaven versichert haben. Für die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ genügt ein Blick in die Niederlande, für die Wertschätzung von Frauen und Müttern würde eine Analyse des französischen oder finnischen Systems nicht schaden, und auch die Briten haben es geschafft, Autobahnen zu bauen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist uns allen bewusst, dass die Burschenschaft kein isoliertes, autarkes Gebilde ist. Sie ist vielmehr in ein politisches und soziales Gefüge eingebunden, dessen laufende Veränderungen auch uns Burschenschafter nicht unberührt lassen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Werte der Burschenschaft heute aktueller denn je sind. Die Freiheit des Einzelnen, die Freiheit der Wissenschaft, die Ehrhaftigkeit und die tiefe Verwurzelung in einer grenzübergreifenden Werte- und Kulturgemeinschaft bilden unsere Leitlichter; sie begründen unveräußerliche Rechte für den Einzelnen, die es mit aller Kraft auch in Zukunft zu verteidigen gilt. Dieses stabile Fundament soll uns aber nicht dazu verleiten, uns auf Bekanntes und Gewohntes zurückzuziehen. Es soll uns vielmehr die Entschlossenheit geben, mit all unserer intellektuellen Kapazität, Vehemenz und Moral an der Gestaltung und Fortentwicklung der Gesellschaft teilzunehmen. Es gebietet uns aber auch einerseits, durch ein gemeinsames, ernsthaftes Bemühen den verlorenen Boden in der heutigen Gesellschaft zurückzugewinnen, und damit auch andererseits, aus kleinstrukturierten Vorstellungen, tagespolitischen Scheingefechten, pauschalen Schuldzuweisungen und unnötigem Konfrontationsverhalten auszubrechen, durchzuatmen und gesamthafte Perspektiven einzunehmen.

Eine solch gesamthafte Perspektive offenbart freilich auch unsere eigene Kleinheit, ja vielleicht sogar unsere Bedeutungslosigkeit. Nach dem ausklingenden Zerfall des britischen Empires in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der Selbstauflösung des Ostblockes sehen wir uns vorderhand in einer Situation, in der die Vereinigten Staaten als einzige und quasi-imperiale Supermacht verblieben sind. Die amerikanische politische Literatur macht keinen Hehl daraus, dass es an den Vereinigten Staaten ist, das Machtvakuum auszufüllen, ihre Wertvorstellungen auch im Alleingang dort zu implementieren, wo sie es als strategisch sinnvoll erachten. Dieser Imperialismus hat freilich einen ganz eigenen Charakter. Er ist militärisch und politisch bloß temporär. Während es beispielsweise für die britische Bildungselite vor gut einhundert Jahren selbstverständlich war, im Dienste der Krone mehrere Jahrzehnte abseits des Heimatlandes zu verbringen, zieht es die Amerikaner „nach Hause“. Sie kommen nicht um zu bleiben. Die gegenwärtige Lage im Nahen Osten macht dieses Machtdilemma ebenso deutlich wie die gescheiterten Experimente eines amerikanischen Imperialismus auf den Philippinen oder in Liberia. Was freilich permanent ist, ist der wirtschaftliche Einfluss. Und diesen kann man mögen oder auch nicht.

Die gegenwärtige geopolitische Lage verdeutlicht aber auch die Hilf- und Machtlosigkeit der restlichen Welt. Der unilateral aufoktroierten Verbreitung amerikanischer Werte kann nichts entgegengesetzt werden, die Vereinten Nationen sind de facto entmachtet. Der „Krieg gegen den Terror“ bestimmt das außenpolitische Leben der Vereinigten Staaten und lässt manchmal den Vergleich mit einem blind um sich Schlagenden nicht abwegig erscheinen. Ganz unabhängig davon, ob man im konkreten Einzelfall den amerikanischen Vorstellungen von Demokratie und Freiheit und den daraus gezogenen politischen und militärischen Konsequenzen zustimmen mag, verdeutlicht diese Situation freilich, dass es eines gemeinsamen Bestrebens bedarf, ein balancierendes Gegengewicht, ein geopolitisches System der Checks-and-Balances, eine wechselseitige Machtkontrolle, zu schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es besteht breiter Konsens, dass Europa dieses Gegengewicht, diese Kontrolle sein kann und sein soll. Mit den Römischen Verträgen wurde vor exakt 50 Jahren der Grundstein für ein stabiles, friedliches Zusammenleben eines kriegsgebeutelten Kontinentes gelegt. In diesen 50 Jahren wurde wahrhaft viel erreicht. Ich denke hier nicht nur an zwei kriegsfreie Generationen, sondern auch den unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Europa genommen hat. Die Solidargemeinschaft der Staaten, das Überwinden von – echten und psychologischen – Barrieren, das Ziehen an einem Strang hat Europa einen Wohlstand beschert, der noch vor wenigen Jahrzehnten kaum vorstellbar gewesen wäre.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir Burschschafter dieser Entwicklung, dieser Chance, offen gegenüberstehen müssen. Wenn die Urburschenschaft 1815 in Jena für die Abschaffung der Kleinstaaterie zugunsten eines vereinten Deutschlands eingetreten ist, so spricht knapp 200 Jahre später nichts dagegen, auch unsere Zukunft in einem vereinten Europa zu sehen. In einem geeinten Europa würden jene tatsächlichen Grenzen an politischer Bedeutung verlieren, die in der burschenschaftlichen Philosophie einer deutschen Werte- und Kulturgemeinschaft ohnehin keine Bedeutung haben sollen. Schon denklogisch kann ein Burschschafter daher einem Europa der Nationen nicht ablehnend gegenüberstehen.

Es besteht für mich kein Zweifel, dass die Burschenschaften dazu einen Beitrag leisten können. Hiezu gilt es aber differenzierte Ansätze zu wählen, voreilige Schlüsse zu vermeiden und die langfristige Perspektive nicht aus den Augen zu verlieren, selbst wenn es kurzfristig zu Asymmetrien oder gar Nachteilen kommt. Um einen Vergleich aus dem Welthandelsrecht zu strapazieren: Wem nützt es, wenn wir unsere Häfen mit Steinen zuschütten, bloß weil andere Staaten noch nicht aufgehört haben, ihre Häfen mit Steinen zu füllen? Ebenso wie der geöffnete Hafen im fairen Welthandel die maximale ökonomische Effektivität und Vorteile für alle Handelspartner zur Folge hat, kann eine politische Offenheit auf lange Sicht mehr Wohlstand, Sicherheit und politische Stabilität für alle schaffen und uns einem wahrhaften Europa der Nationen näher bringen. Es ist sicherlich zuzugestehen, dass Ressentiments gegen einzelne Entwicklungen in der gegenwärtigen Europäischen Union ihre Begründung haben mögen. Aber keines der bestehenden Probleme ist unlösbar und viele Bedenken konnten während der mittlerweile 12jährigen Mitgliedschaft Österreichs zerstreut werden. Auch der tiefsitzende Schock nach den wahrhaft demokratieverachtenden „Sanktionen“ am Ende des vorigen Jahrtausends oder die sensible Problematik der Zuwanderung oder des Lohndumpings sollten uns Burschschafter nicht davon abhalten, offen, beherzt und ausgewogen an diesem Prozess teilzunehmen, ohne mit populistischen Übersimplifizierungen mögliche politische Türen zuzuschlagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es liegt an uns, an jedem Einzelnen, nach bestem Wissen und Gewissen dafür zu sorgen, dass die burschenschaftlichen Werte auch im 21. Jahrhundert eine tragende Rolle spielen können; dass wir unsere intellektuelle Kapazität und unsere moralische Festigkeit dazu nutzen, den uns entgegengebrachten Vorurteilen aufklärend und selbstkritisch entgegenzutreten; dass der Burschenschaft und der in ihr vereinigten Riege hervorragender Persönlichkeiten wieder eine starke und ausgewogene Stimme in der politischen Diskussion zukommt; und dass wir gestärkt, offen, selbstbewusst und tatkräftig in unsere Zukunft in einem geeinten Europa schreiten.

Ich habe keinen Zweifel, dass meine Arminia mit ihrer starken Aktivitas, dem vollen Fuxenstall und dem Engagement der Altherrenschaft den Anforderungen der Zukunft gewachsen ist!

Ich wünsche ihr ein ewiges vivat, crescat, floreat!

Georg Kofler